

# Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Rückblick und Vermächtnis

Stephen G. Brown<sup>1</sup>



In den letzten Jahren der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) fand in Dresden und Magdeburg die „Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ statt. Zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der DDR unterstützten die evangelischen Landeskirchen, die katholische Kirche und die Freikirchen gemeinsam eine größere Versammlung, bei der es um soziale und politische Themen ging und die zu drei Tagungen zwischen Februar 1988 und April 1989 zusammentrat.<sup>2</sup>

Die Teilnehmenden an der Versammlung kamen nicht nur aus festen kirchlichen Strukturen, sondern auch aus Basisgruppen aus der ganzen DDR, die aktiv für Frieden, Umwelt, Menschenrechte und Gerechtigkeit eintraten. Die Ergebnisse der Versammlung wurden in den zwölf Texten festgehalten, auf die man sich bei der letzten Tagung im April 1989 einigte: dies waren Forderungen nach einer Trennung von Staat und Partei, nach geheimen Wahlen, nach einer Freiheit von Kunst und Kultur und nach dem Recht, unabhängige Vereinigungen zu bilden.<sup>3</sup> Für Werner Jarowinsky,

<sup>1</sup> Dr. Stephen Brown ist Herausgeber der vom Ökumenischen Rat der Kirchen publizierten Zeitschrift *The Ecumenical Review*.

<sup>2</sup> Dieser Artikel stützt sich auf die Dissertation des Verfassers, die 2010 veröffentlicht wurde: *Stephen Brown: Von der Unzufriedenheit zum Widerspruch. Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als Wegbereiter der friedlichen Revolution in der DDR*, Frankfurt a. M. 2010 (übersetzt von Frank Kürschner-Pelkmann).

<sup>3</sup> Zu den Texten der Ökumenischen Versammlung siehe epd-Dokumentation 21 (1989) und *Arbeitsgruppe „Justitia et Pax“ der Berliner Bischofskonferenz* (Hg.): *Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung. Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlungen von Dresden, Magdeburg und Basel*, Leipzig 1990. Siehe [www.klimawandel-lebenswandel.de/attachment/1dfb9a121d8e980b9a111df90879d009771bdc8bdc8/](http://www.klimawandel-lebenswandel.de/attachment/1dfb9a121d8e980b9a111df90879d009771bdc8bdc8/)

den für Kirchenfragen zuständigen SED-Sekretär, bildeten die Forderungen, die bei der Ökumenischen Versammlung formuliert wurden, „ein komplettes Programm der Installierung einer Art Oppositionsbewegung“.<sup>4</sup> Die Versammlung bereitete den Weg für die Konstituierung von Bürgerbewegungen und neuen politischen Parteien im Herbst 1989 vor, in denen viele der Teilnehmenden führende Rollen übernahmen. Für einige ihrer politischen Forderungen bildeten die Texte der Ökumenischen Versammlung eine wichtige Grundlage.

Zwar ging der Impuls für die Ökumenische Versammlung in der DDR von einem Vorschlag des Dresdener Stadtökumenekreises im Februar 1986 aus, eine solche Versammlung von „Christen und Kirchen im Gebiet der DDR einzuberufen“, gleichzeitig aber sollte die Veranstaltung den Höhepunkt des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, der von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver im Jahr 1983 ins Leben gerufen wurde, in der DDR darstellen. Hier waren die ÖRK-Mitgliedskirchen „in einen konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der ganzen Schöpfung“ eingebunden, in dem die Kirchen „auf allen Ebenen – Gemeinden, Diözesen/Synoden, Netzwerken der christlichen Gruppen und Basisgemeinschaften – zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozess zu einem Bund zusammenfinden [sollen]“.<sup>5</sup>

In Europa führte dieser konziliare Prozess zur Europäischen Ökumenischen Versammlung unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung“ (Basel, Mai 1989) und auf weltweiter Ebene zur „Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ (Seoul, März 1990). Parallel zur Ökumenischen Versammlung in der DDR fand 1988 in der Bundesrepublik ein Ökumenisches Forum in Königstein (April) und in Stuttgart (Oktober) mit dem Thema „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ als Teil des konziliaren Prozesses statt.

Im Zeitraum dieser Veranstaltungen ereignete sich jedoch eine weltbewegende Veränderung, die sich nicht zuletzt auch in der Chronologie der Geschichte der DDR selbst erkennen lässt. Die Basler Versammlung fand kurz vor den Kommunalwahlen in der DDR statt, als landesweite Proteste

1e02f7cc935d25a2f7c11e08f1843117ce6a311a311/Texte\_Oekumenische\_Versammlung\_1989.pdf (aufgerufen am 12.08.2020).

<sup>4</sup> „Beratung bei Genosse Jarowsky am 13.10.1988“, BArch-SAPMO DY30 IV/B/2/14/9.

<sup>5</sup> *Walter Müller-Römheld* (Hg.): Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver/Kanada, Frankfurt a. M. 1983, 261, 116.

über Wahlfälschung stattfanden, die zu den Auslösern der „Friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 zählten. Die Weltversammlung im Jahr danach ereignete sich direkt vor den Märzwahlen für die erste frei gewählte DDR-Volkskammer. Unter den Mitgliedern der frei gewählten Volkskammer befanden sich auch Teilnehmende der Ökumenischen Versammlung in der DDR. Diese Prozesse führten schließlich ein halbes Jahr später zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die Ökumenische Versammlung war eines der dramatischsten kirchlichen Ereignisse in den letzten Jahren der DDR. Vielleicht in keinem anderen Land hat der konziliare Prozess eine solche gesellschaftsverändernde Dimension angenommen. Dennoch muss sie im Kontext des weltweiten ökumenischen Kampfes für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung betrachtet werden. Die Texte der Ökumenischen Versammlung stellen nicht nur eine Herausforderung für den DDR-Sozialismus dar, sondern auch für die vorherrschenden globalen Politik- und Wirtschaftsstrukturen, die auf Kosten der globalen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung aufgebaut worden waren. Dreißig Jahre nach der Ökumenischen Versammlung verkörpern diese Texte die bislang von uns Menschen noch ungelöste Aufgabe, gerechte und friedliche Gesellschaften aufzubauen, die die Schöpfung achten.

### *Das Entstehen des konziliaren Prozesses*

Die Bedeutung des Aufrufs zu einem „konziliaren Prozess“ mag vielen – wenn nicht den meisten – Teilnehmenden der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver nicht bewusst gewesen sein. Der ökumenische Theologe Lukas Vischer stellte fest, dass aus dem Bericht der Vollversammlung nicht einmal deutlich wird, wie der Aufruf zu einem konziliaren Prozess zustande kam: „Er war nicht das Ergebnis einer wirklichen Debatte und wurde auch nicht bewusst von den Delegierten angenommen. (Er wird nicht einmal im Index des Vancouver-Berichtes aufgeführt.) Erst nach dem Ende der Versammlung fand er Aufmerksamkeit.“<sup>6</sup>

In der Tat ging der Aufruf von Vancouver zu einem konziliaren Prozess zum Teil auf einen Antrag zurück, der von den DDR-Delegierten in die Vollversammlung eingebracht wurde,<sup>7</sup> und die Themen Gerechtigkeit, Frie-

<sup>6</sup> *Lukas Vischer*: The Theme of Humanity and Creation in the Ecumenical Movement, undatiert, [www.jaysquare.com/resources/growthdocs/grow10c.htm](http://www.jaysquare.com/resources/growthdocs/grow10c.htm) (aufgerufen am 12.08.2020); deutsche Übersetzung durch Stephen G. Brown.

<sup>7</sup> Antrag in der 6. Vollversammlung des ÖRK, Vancouver/Canada [sic] 1983, Dokument

den und Umwelt in der Aufforderung zu einer notwendigen „Umkehr“ angesichts des „immer noch andauernden Wettrüsten[s], [der] ausbeuterischen Zerstörung der Natur und der herrschenden Ungerechtigkeit“ miteinander verknüpfte. Diese „Umkehr“ sollte nicht nur im „politischen Handeln“ umgesetzt werden, sondern auch im „Bekenntnis“ der Kirche, durch Handeln von „Christen, christlichen (...) Gruppen und Kirchen“. „Um der Erfüllung all dieser Aufgaben näher zu kommen“, wurde der ÖRK aufgefordert zu erwägen, „ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden 2. Weltkrieges vor 50 Jahren für geboten hielt“. Wesentlicher Mitinitiator dieses Antrags war Heino Falcke, der Vorsitzende des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR, und Mitglied der gleichnamigen ÖRK-Arbeitsgruppe. Falcke war es, der im Jahr 1972 in einem Vortrag vor der BEK-Bundessynode von dem „befreiende[n] Christus“ sprach, dessen „Solidarität mit den Leidenden, seine Verheißung der Freiheit, uns nötigt, den sozialistischen Protest gegen das Elend der Menschen aufzunehmen und mitzuarbeiten an der Aufgabe, unmenschliche Verhältnisse zu wandeln, bessere Gerechtigkeit und Freiheit zu verwirklichen“. Dies schloss jedoch die Aufgabe ein, „gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu kämpfen“, auch in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, und die „Gesellschaft nicht los[zul]assen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus“.<sup>8</sup> Dies waren Themen, die fast 20 Jahre später in den Texten der Ökumenischen Versammlung wieder in den Vordergrund rücken sollten.

In Vancouver sorgte Falcke dafür, dass der Antrag der DDR-Delegierten eine breitere Öffentlichkeit jenseits der Fachgruppen und Ausschüsse in Vancouver erreichte, in dem er den Text vor westlichen Medien bei einer Veranstaltung am Rande der Vollversammlung vortrug. Hinter dieser öffentlichkeitswirksamen Aufforderung stand aber auch vor und während der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver 1983 ein abgestimmtes Handeln von einzelnen Persönlichkeiten aus den beiden deutschen Staaten, darunter Heino Falcke selbst und z. B. Ulrich Duchrow, Beauftragter für Mission und Ökumene in Baden und ehemaliger Direktor der Studienabteilung des Lu-

PR2-5, Ökumenischer Rat der Kirchen, Sechste Vollversammlung, 24. Juli–10. August 1983, AÖRK 36.6/1. Siehe auch *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* (Hg.): *Gemeinsam Unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. 1980–1987*, Berlin-Ost 1989, 264–268.

<sup>8</sup> Siehe *Heino Falcke*: *Christus befreit – darum Kirche für andere*. Hauptreferat auf der Synode des Kirchenbundes 1972 in Dresden; in: *ders.*: *Einmischungen. Aufsätze, Reden und Vorträge aus 40 Jahren*, Leipzig 2014, 83–103, hier 98.

therischen Weltbundes, und Konrad Raiser, damals stellvertretender Generalsekretär des Ökumenischen Rates. Hier ging es vor allem um Menschen, die sich im Rahmen der Ökumene kennengelernt hatten, und die ihre Kontakte über die deutsch-deutsche Grenze hinaus durch informelle Seminare und Begegnungen aufrechterhielten.<sup>9</sup> Die Gespräche schlossen auch den südafrikanischen Pfarrer Allan A. Boesak mit ein, der 1982 zum Präsidenten des Reformierten Weltbundes gewählt worden war und bei der Vollversammlung in Vancouver den Hauptvortrag zu Frieden und Gerechtigkeit hielt.

Hintergrund dieser Überlegungen war der *status confessionis* (Bekennnisfall) zur Apartheid, den die Vollversammlungen des Lutherischen Weltbundes und des Reformierten Weltbundes in dem Jahr 1977 bzw. 1982 ausgesprochen hatten, sowie die Erklärung des Reformierten Moderamens in der Bundesrepublik von 1982 „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“<sup>10</sup>, die die Friedensfrage als eine Bekenntnisfrage darstellte. Der Begriff „konziliarer Prozess“ stammt von Ulrich Duchrow, der 1980 die Nord-Süd-Wirtschaftsspaltung als Bekenntnisfrage bezeichnete und die Notwendigkeit für ein „wahrhaft universales Konzil“ darstellte, welches sich mit dieser Lebensfrage sowohl der Christenheit als auch der ganzen Menschheit auseinandersetzt und zu ihrer „verbindlichen Bewältigung“ hilft.<sup>11</sup> Bei der Auseinandersetzung um Massenvernichtungswaffen rät Duchrow jedoch statt von einem *status confessionis* von einem *processus confessionis* zu sprechen, „um der Behauptung entgegenzutreten, das Drängen auf Entscheidung und Eindeutigkeit breche das Gespräch ab“.<sup>12</sup> Hier sind die Begriffe *processus confessionis* und konziliarer Prozess nahezu synonym.

<sup>9</sup> Vgl. *Katharina Kunter*: Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980–1993), Göttingen 2006, 130–134; *Brown*, Unzufriedenheit, 64–68.

<sup>10</sup> Zur Entstehung der Erklärung, siehe *Hans-Joachim Kraus*: Die Friedenserklärung des Moderamens in der Diskussion; in: *Joachim Guhr* (Hg.): 100 Jahre Reformierter Bund. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart, Bad Bentheim 1984, 134–145; siehe [www.reformiert-info.de/Die\\_Friedenserklaerung\\_des\\_Moderamens\\_in\\_der\\_Diskussion-231-0-56-3.html](http://www.reformiert-info.de/Die_Friedenserklaerung_des_Moderamens_in_der_Diskussion-231-0-56-3.html) (aufgerufen am 12.08.2020).

<sup>11</sup> *Ulrich Duchrow*: Bekennende Kirche und Ökumene als Thema der Zukunft; in: *Ernst Feil/Ilse Tödt* (Hg.): Konsequenzen. Dietrich Bonhoeffers Kirchenverständnis heute, München 1982, 47.

<sup>12</sup> *Ulrich Duchrow*: Weltwirtschaft heute. Ein Feld für Bekennende Kirche?, München 1986, 136.

Konrad Raiser wies auf die „verschlüsselte [...] Formulierung“ in den Texten der Vollversammlung in Vancouver zum konziliaren Prozess hin. Nach seiner Auffassung bringt die Verwendung der Verben „bekennen“, „widerstehen“, „verurteilen“, „verpflichten“ und „verwerfen“ die Hoffnung „auf eine Art konziliaren Bekenntnisakt, als eine feierliche Selbstverpflichtung der christlichen Kirche“ zum Ausdruck,<sup>13</sup> angesichts von Unrecht und Armut, Krieg und Gewalt sowie der Zerstörung der Umwelt:

Die Vollversammlung besaß eine Vision, die in einer globalen christlichen Antwort auf die Wirklichkeit eines gefährdeten Planeten zum Ausdruck gebracht wurde. „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ wurden jede für sich als Dimensionen eines unteilbaren Ganzen verstanden, das wiederum selbst eine Antwort auf die dreifache Bedrohung des Lebens war: Unrecht, Krieg und Gewalt sowie Umweltkatastrophen. Gleichzeitig wurde soziales und ethisches Engagement als unverzichtbar für die ökumenische Ekklesiologie und integraler Bestandteil der Suche nach einem „konziliaren Prozess“ zur Einheit der Kirche angesehen. In der protestantischen Tradition bedeutet dies, dass Menschenrechtsprobleme, Rassismus und nukleare Abschreckung nicht lediglich als *adiaphom* (theologisch nicht essenziell) angesehen wurden, sondern als Themen, denen sich die Kirche *aufgrund ihrer Natur* stellen muss.<sup>14</sup>

### *Konziliarer Prozess als deutsch-deutsche Initiative*

In der Tat aber war der Aufruf der ÖRK-Vollversammlung 1983 das Ergebnis einer deutsch-deutschen Initiative und baute auf dem gemeinsamen deutschen theologischen und politischen Erbe auf, wobei die gemeinsame Sorge angesichts der Stationierung von Atomraketen in beiden deutschen Staaten zum Katalysator wurde. Vor allem wegen dieses gemeinsamen Erbes fanden die Vorschläge der Vollversammlung in Vancouver die größte Resonanz in den Kirchen der beiden deutschen Staaten, nicht selten zur Verblüffung der ÖRK-Mitgliedskirchen in anderen Ländern.

Nicht zuletzt wegen der aktiven Teilnahme ihrer Protagonisten begegnete dem konziliaren Prozess vielleicht in keinem anderen Land als in den beiden deutschen Staaten, die sich an der Trennlinie zwischen zwei Gesellschaftssystemen und zwei Militärblöcken befanden, so viel Resonanz. Mar-

<sup>13</sup> Konrad Raiser: *Ökumene im Übergang*, München 1989, 178; 204, Anmerkung 9.

<sup>14</sup> Peter Lodberg: *Justice und Peace in a World of Chaos*; in: *John Briggs/MercyAmba Oduyoye/Georges Tssetsis* (Hg.): *A History of the Ecumenical Movement*, Volume 3, 1968–2000, Genf 2004, 328, deutsche Übersetzung durch Stephen G. Brown (Hervorhebung im Original).

got Käßmann hat sogar auf einen Scherz hingewiesen, der beim Treffen des ÖRK-Zentralausschusses erzählt wurde: „Der konziliare Prozess hat die 110-prozentige Zustimmung des Zentralausschusses. 50 % aus der BRD und 60 % aus der DDR. Das sagt viel über die Stimmung in Genf.“<sup>15</sup>

Bereits im Januar 1984 betonte Falcke in einem Vortrag bei einem Treffen der Vancouver-Delegierten und der Ökumenereferenten der DDR-Landeskirchen den Aufruf zu einem konziliaren Prozess als eine der wichtigsten Aufgaben, die aus der ÖRK-Vollversammlung zu verwirklichen sei.<sup>16</sup> In einem Artikel, der im Februar 1984 in *Die Zeichen der Zeit* veröffentlicht wurde, führte Falcke aus, dass die ökumenische Bewegung mit einer neuen Radikalität und Dringlichkeit durch die Bedrohungen des globalen Überlebens herausgefordert sei. Der Begriff des konziliaren Prozesses, so stellte Falcke fest, der bis dahin im ÖRK auf dem Feld des Lehrkonsenses und der Kirchengemeinschaft angesiedelt war, sei nun verbunden mit dem biblischen Gedanken des „Bundes“ auf sozialetische Fragen bezogen. Auch hatte der Aufruf zu einem konziliaren Prozess in Vancouver sowohl lokale als auch globale Dimensionen: „Wie Friede, Gerechtigkeit, Naturbewahrung in unserer Welt *konkret* und operational zusammengehören, kann nur in den unterschiedlichen Situationen und zugleich in der globalen Interdependenz unserer Welt erkannt werden.“<sup>17</sup>

Ein wichtiger Impuls für den konziliaren Prozess in der DDR war dessen Wirkung auf die Basisgruppen, die Ende der siebziger und Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts innerhalb der evangelischen Kirchen in der DDR entstanden waren: Friedens- und Umweltgruppen, Frauengruppen, Menschenrechtsgruppen und auch Dritte-Welt-Gruppen. Diese standen in einem Spannungsfeld mit Gemeinden und Kirchenleitungen, stellten einen gewissen Pluralismus dar – wenn auch in rudimentärer Form – und fungierten als eine Grundlage für den konziliaren Prozess in der DDR. In den Jahren 1984 und 1985 fand so etwas wie eine „umfassende Neubestimmung“ unter den Basisgruppen in der DDR entlang der Themen

<sup>15</sup> *Margot Käßmann*: Genf 1987 – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit; in: Junge Kirche 48 (1987), H. 2, 89–91, hier 90.

<sup>16</sup> Vancouver – Nacharbeit im Blick. Umsetzung in die eigene kirchliche Praxis ist die vorrangige Aufgabe, ena, 09.02.1984, 13–14.

<sup>17</sup> *Heino Falcke*: Vancouver – Bericht von der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates, 24. Juli bis 10. August 1983; in: *Die Zeichen der Zeit* 38 (1984), H. 2, 36 (Hervorhebung in Original).

Gerechtigkeit, Frieden und Umwelt statt. Die ersten Mittelstreckenraketen waren gerade in Europa stationiert worden, und diejenigen, die sich an Friedensgruppen beteiligt hatten, begannen damit, ihr Interesse anderen Themen zuzuwenden. In diesem Kontext halfen die eng miteinander verbundenen Themen Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (Umwelt/Ökologie) im konziliaren Prozess dabei, disparaten Gruppen, Netzwerken und Initiativen ein Bewusstsein von Kohärenz zu vermitteln.<sup>18</sup> Gleichzeitig bot die Verwendung einer „bekennenden“ Sprache durch die Kirchen, die zu autoritativem, verpflichtendem und bindendem Handeln aufforderten, ein unmittelbares – wenn auch stellvertretendes – Ziel für die Forderungen der Gruppen und funktionierten deshalb als Grundlage für die Mobilisierung.<sup>19</sup> Dazu kam der Hinweis der ÖRK-Vollversammlung 1983 in Vancouver auf „Netzwerke von christlichen Gruppen und Basisgemeinschaften“, neben den Kirchengemeinden und Diözesen/Synoden, als Teil der „Kirche auf allen Ebenen“, der unterstrich, dass die Gruppen einen unverzichtbaren Teil des kirchlichen Lebens darstellten. So war der konziliare Prozess Anstoß für das Netzwerk „Konkret für den Frieden“, dessen jährliche Treffen (oder „Seminare“) ab 1983 eine der wichti-

<sup>18</sup> Exemplarisch dazu siehe einen Text von *Friedrich Schorlemmer*: „Eine Vernetzung der Gruppen und Arbeitskreise bewahrt vor Zersplitterung und ermöglicht punktuell gemeinsames Handeln. Längerfristig können sich die christlichen Gruppen einordnen in den ökumenischen Prozeß eines Bundes für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbe-wahrung.“ *Friedrich Schorlemmer*: Macht und Ohnmacht kleiner Gruppen vor den Herausforderungen unserer Zukunft, 25.01.1985, Wittenberg, StAufarb – Bestand von Markus Meckel, Bd. 260. In diesem Zusammenhang bezieht sich Schorlemmer ausdrücklich auf das Material der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver, das von Ulrich Duch-row zusammengestellt und veröffentlicht worden war als epd-Dokumentation 46 (1983). Auch führte der konziliare Prozess zur Entstehung neuer Gruppen, so zum Beispiel der „Basisgruppe des konziliaren Prozesses“ in Thüringen (*Ehrhart Neubert*: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. Auflage, Bonn 2000, 618).

<sup>19</sup> Siehe z. B. *Markus Meckel*: „In den Kirchen gab es seit Mitte der 80er Jahre in diesem sogenannten konziliaren Prozeß, d. h. seit der Weltkirchenkonferenz von 1983, starke Bestrebungen, die Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und des Nord-Süd-Verhältnisses sowie der Bewahrung der Schöpfung zum Thema kirchlicher Arbeit zu machen und zu fragen: Was muß vom christlichen Glauben her gemeinsam getan werden? Dies war für die Gruppen eine große Chance, die Kirchen als Institution bei diesen Themen beim Wort zu nehmen und zu klaren inhaltlichen Aussagen zu kommen. Ich denke, daß die kritischsten Texte, die nicht nur von einzelnen geschrieben, sondern von einer Organi-sation verabschiedet waren, die Texte der ökumenischen Versammlungen im April 1989 waren.“ *Markus Meckel*: Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Par-tei oder soziale Bewegung?, siehe [www.fes.de/fulltext/historiker/00151005.htm](http://www.fes.de/fulltext/historiker/00151005.htm) (auf-gerufen am 12.08.2020).

gen Möglichkeiten zur Vernetzung der Friedensgruppen in der DDR waren,<sup>20</sup> z. B. in Schwerin 1985 seine Thematik zu erweitern und Umwelt-, Dritte-Welt- und Gerechtigkeitsgruppen einzubeziehen. Auch erfolgte in Schwerin eine Institutionalisierung des Netzwerks durch die Wahl eines Fortsetzungsausschusses, der im Laufe des konziliaren Prozesses in der DDR zu einem wichtigen Verbindungsglied zwischen Basisgruppen und Ökumenischer Versammlung wurde, da die Mitglieder für die Vorbereitungsgruppe der Versammlung nominiert wurden. Hier liegt der Schluss nahe, dass der Mobilisierungseffekt der Basisgruppen dazu führte, dass der konziliare Prozess zwischen 1986 und 1989 in der DDR eine solche Dimension annahm.

Auf globaler Ebene aber hatten die Vancouver-Vorschläge jedoch „nach einem recht enthusiastischen Startschuss bei der Vollversammlung in Vancouver 1983 erhebliche Anfangsschwierigkeiten innerhalb des ÖRK“.<sup>21</sup> Trotz der Entscheidung des ÖRK-Zentralausschusses im Jahr 1984 „eine Weltkonferenz über Gerechtigkeit, Frieden und die Ganzheit der Schöpfung abzuhalten (möglicherweise 1989)“<sup>22</sup>, fehlten immer noch motivierende Ziele für den konziliaren Prozess. Das ist der Kontext für den Aufruf zu einem „Konzil des Friedens“ des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker beim Düsseldorfer Kirchentag 1985, der eine Klarheit besaß, an der es bis dahin in der Diskussion über den konziliaren Prozess gemangelt hatte. Nicht zuletzt wegen seiner eigenen moralischen Autorität löste Weizsäckers Appell für ein „Konzil des Friedens“ rasche und spontane Reaktionen aus und dies besonders in den beiden deutschen Staaten. Innerhalb weniger Wochen gingen mehr als 60.000 unterstützende Voten in der Geschäftsstelle des Kirchentages in Fulda ein. Auch wird Weizsäckers Bezugnahme auf die römisch-katholische Kirche von Gruppen genutzt, um sich innerhalb der katholischen Kirche dafür einzusetzen, dass das „Konzil“ auf ihre eigene Tagesordnung gesetzt wurde. Dennoch stiftete

<sup>20</sup> Vgl. *Philipp Busch*: Die Treffen „Konkret für den Frieden“ in Schwerin (1985) und Greifswald (1989); in: *Landtag Mecklenburg-Vorpommern* (Hg.): *Leben in der DDR: Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung*, Band VII, Schwerin 1997, 233–299. *Lothar Probst*: Die Rolle von kirchlichen Basisgruppen und Netzwerken vor und in der Wende in Mecklenburg-Vorpommern; in: *Landtag Mecklenburg-Vorpommern* (Hg.): *Leben in der DDR. Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung*, Band IX, Schwerin 1997, 275–314.

<sup>21</sup> *Janice Love*: Der konziliare Prozeß, der ÖRK und die Zukunft der ökumenischen Bewegung; in: *Ökumenische Rundschau* 39 (1990), 396–414, hier 397.

<sup>22</sup> *Ökumenischer Rat der Kirchen: Zentralausschuss*. Protokoll der 36. Tagung, Genf (Schweiz), 9. bis 18. Juli 1984, 35. Die Konferenz (inzwischen als „Weltversammlung“ bzw. „World Convocation“ bezeichnet) fand dann tatsächlich 1990 in Seoul/Südkorea statt.

die Entscheidung Weizsäckers von einem „Konzil“ und nicht von einem „konziliaren Prozess“ zu sprechen<sup>23</sup> und sein Beharren darauf, dass Frieden das „einzige Thema“ des Konzils sein sollte, und sein Drängen, dass die christlichen Kirchen auf einem ökumenischen Konzil „ein Wort sagen [müssen], das die Menschheit nicht überhören kann“, Verwirrung in der ökumenischen Diskussion, die bis zur Weltversammlung in Seoul 1990 andauerte.

Trotzdem fungierte Weizsäckers Aufruf als eine Art Katalysator, den konziliaren Prozess zur Sache der Kirche und nicht nur von engagierten Gruppen zu machen. Dennoch waren die gesellschaftlichen Kontexte in den beiden deutschen Staaten sehr unterschiedlich. Die Bundesrepublik war eine pluralistische Gesellschaft, in der die großen Kirchen weiterhin bedeutende institutionelle Akteure waren. Der „real existierende Sozialismus“ der DDR auf der anderen Seite bedeutete, dass die Kirchen in einer eindeutigen Minderheitsposition waren und durch die offizielle Ideologie ausgeschlossen wurden. Das hatte Auswirkungen darauf, wie der konziliare Prozess in den Kirchen aufgenommen wurde. Für einige – vor allem in der Bundesrepublik – war es ein Prozess der Suche nach einem Konsens, der unterschiedliche und sogar entgegengesetzte Positionen miteinander versöhnen sollte, wie in Weizsäckers Vision eines Konzils des Friedens, in das „konservative“ und „radikale“ Tendenzen in der Kirche einbezogen werden sollten. Für andere – vor allem in der DDR – war der konziliare Prozess ein Versuch, einen prophetischen Aufruf zur Umkehr in einer spezifischen historischen Situation zu formulieren.<sup>24</sup> Zwar unterstrich die Bundessynode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Dresden im September 1985, als „erste offizielle und gemeinsame Reaktion der Kirchen des Bundes auf die Einladung aus Vancouver 1983“,<sup>25</sup> die Notwendigkeit eines „Konzils“, um mit „Autorität und Verbindlichkeit“ sprechen zu können, aber unterstrich gleichzeitig die Not-

<sup>23</sup> „Dann wurde das Wort ‚konziliarer Prozeß‘ immer mehr benutzt. Und dieses Wort hat mich nie ganz mit Glück erfüllt [...]. Wenn der Prozeß nicht das Ziel hat, eine bestimmte Versammlung mit einer klaren Aussage möglich zu machen, dann wird er sich nach einiger Zeit totlaufen.“ *Carl Friedrich von Weizsäcker*: Der Weg nach Seoul. Konziliarität und Parteinahme; in: *Martin Schindehütte* (Hg.): Von der Weltversammlung zum Konzil? Bilanz und Perspektiven des Konziliaren Prozesses nach Seoul, Hofgeismar 1991, 11.

<sup>24</sup> Siehe dazu *Konrad Raiser*: Eine Hoffnung lernt gehen. Zwischenbilanz des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung; in: *Ökumenische Rundschau* 39 (1990), 77–94.

<sup>25</sup> *Joachim Garstecki*: Ökumenische Versammlung in der DDR; in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), Nr. 4, 421.

wendigkeit einer „konzentrierte[n] und stufenweise[n] Vorbereitung des ‚Konzils des Friedens‘“ als einen Prozess der Zusammenarbeit zwischen „Kirchenleitungen, Synoden, Gemeinden und Gruppen“. Auch wenn die Synode nicht ausdrücklich die Formulierung „konziliarer Prozess“ verwendete, bittet sie doch „Gemeinden und Gruppen schon jetzt, in einen Prozess gegenseitiger Information und Verpflichtung einzutreten und dabei bisherige Erklärungen und Beschlüsse der Kirchen zu nutzen“.<sup>26</sup>

### *Ökumenische Versammlung in der DDR*

Das war der Kontext für die entscheidenden Entwicklungen, die die Ökumenische Versammlung in der DDR von 1988 bis 1989 auf den Weg brachten. Am 13. Februar 1986 schlug bei einem ökumenischen Gottesdienst mit 3.000 Teilnehmenden der Stadtökumenekreis Dresden den verschiedenen Konfessionen in der DDR vor, „eine ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen im Gebiet der DDR einzuberufen“. Er wies auf den Aufruf der DDR-Delegierten bei der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver hin, den Appell von Carl Friedrich von Weizsäcker beim Düsseldorfer Kirchentag für die Einberufung eines Konzils des Friedens und den Friedensaufruf, den Papst Johannes Paul II. am Ende der Gebetswoche für die Einheit der Christen 1986 verkündet hatte: „Sinn und Ziel dieser Zusammenkunft in unserem Land soll sein, *im eigenen Hause zu verwirklichen*, was wir von einer ökumenischen Weltversammlung erwarten: den ‚Weg des Friedens‘ zu gehen und ein Wort zu sagen, das uns bindet und verpflichtet und für die Welt ein Zeugnis unseres gemeinsamen Auftrages ist.“<sup>27</sup>

Unter der Schirmherrschaft der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit dem Fortsetzungsausschuss von *Konkret für den Frieden* auch Vertretende der Basisgruppen einschloss und die die Ökumenische Versammlung zu drei Tagungen einberief: Dresden (Februar 1988), Magdeburg (Oktober 1988) und noch mal Dresden (April 1989). Die erste Tagung der Ökumenischen Versammlung im Februar 1988 hatte das Ziel, die Herausforderungen zu identifizieren, vor denen Christen, Gruppen und Kirchen in der DDR auf den Gebieten Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung

<sup>26</sup> *Synode des Kirchenbundes*: Erklärung zum Konzil des Friedens, Dresden, 20.–24.09.1985; in: epd-Dokumentation 43 (1985), 48.

<sup>27</sup> *Stadtökumenekreis Dresden*, 13.02.1986, EZA 147/108 und EZA 117/101 (Hervorhebung durch Stephen G. Brown).

standen. Hierfür sollten Erfahrungen aus erster Hand herangezogen werden. Arbeitsgruppen sollten dann die Bedingungen prüfen und analysieren, die hinter solchen Erfahrungen standen, und ihre vorläufigen Ergebnisse bei der zweiten Tagung der Versammlung vorlegen, die für Oktober 1988 geplant war. Die Ergebnisse der Oktober-Tagung sollten für eine breite Diskussion in Kirchen und Gruppen versandt werden. Die dritte und letzte Tagung sollte im Frühjahr 1989 stattfinden und – auf der Grundlage der Antworten auf die Texte der zweiten Tagung – endgültige Beschlüsse zu den notwendigen Aktionen zur Veränderung der Situation fassen. Dieser Ansatz hatte viele Gemeinsamkeiten mit der Methodik „Sehen-Urteilen-Handeln“, die durch die lateinamerikanische Befreiungstheologie in den 1960er und 1970er Jahren bekannt geworden war.

Im Vorfeld der ersten Tagung der Ökumenischen Versammlung im Jahr 1988 veröffentlichte die Vorbereitungsgruppe einen Aufruf unter dem Titel „Eine Hoffnung lernt gehen“, der „alle Christen und Gemeinden und die in diesen Fragen besonders engagierten Gruppen“ aufforderte, darüber nachzudenken, „wo in unserer Gesellschaft die Probleme und Aufgaben der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung liegen, was aus unserem Glauben in diesen Verantwortungsfeldern folgt und was wir gemeinsam tun sollen und können“<sup>28</sup>. Zeitlich fiel dieser Aufruf mit einer deutlichen Verschlechterung der konfliktregulierten Existenz der Kirche im Sozialismus. Im November 1987 wurden die Kellerräume der Zionskirche in Berlin durchsucht. Im Januar 1988 kam es zu Festnahmen von Ausreisewilligen und Oppositionellen. Hinzu kam der Einfluss der Glasnost- und Perestroikapolitik von Mikhail Gorbatschow, die auch den „Sozialismus in den Farben der DDR“ infrage stellte.

Zum Zeitpunkt der Eröffnung der ersten Tagung der Ökumenischen Versammlung im Februar 1988 in Dresden waren etwa 10.000 Zuschriften eingegangen. Knapp zwei Drittel von ihnen waren vor der Eröffnung der Versammlung ausgewertet worden: 2.772 Zuschriften bezogen sich auf Fragen der Gerechtigkeit, 2.491 auf Friedensthemen und 1.459 auf die Schöpfung. In allen drei Kategorien ging es in der Mehrzahl der Eingaben um die Situation in der DDR. Die Zuschriften zu Frieden und Umwelt konnten auf einem festen Repertoire des Protestes und der Unzufriedenheit aufbauen, die sich in den 1980er Jahren entwickelt hatten: die Ablehnung des Wehrdienstes und der Militarisierung der Volksbildung sowie die Sorge angesichts der Umweltprobleme. Die Frage der Gerechtigkeit war

<sup>28</sup> Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden: Eine Dokumentation, Berlin 1990, 201–204, hier 203.

hingegen ein diffuseres Thema, aber gleichzeitig eines, das die DDR noch stärker destabilisieren konnte. Bei der ÖRK-Vollversammlung 1983 in Vancouver sollte der konziliare Prozess, Frieden als ein Thema der Kirchen in der nördlichen Hemisphäre und die globale Gerechtigkeit als vorrangiges Thema der ÖRK-Mitgliedskirchen in der südlichen Hemisphäre miteinander verbinden. Aber durch die Ökumenische Versammlung bezog man das Thema direkt auf die DDR selbst. Die Zahl der Eingaben zu Gerechtigkeit in der DDR (1.650) übertraf die Zahl der Eingaben zur weltweiten Gerechtigkeit (650) und der an die Kirchen gerichteten Vorschläge (472) bei weitem.<sup>29</sup>

So gehörten zu den angesprochenen Themen Reisen und Ausreisen, Allgemeine Menschenrechte, Rechtssicherheit, Information, Mündigkeit und Mitsprache, „neues Denken“ und demokratische Umgestaltung sowie Abgrenzung. Auch kommen Themen vor, wie Hindernisse für das Vorankommen in Bildung und Beschäftigung; der Platz älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen, Minderheiten wie Homosexuelle, Alkoholranke und Haftentlassene; die Sorge über die „zunehmende Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Volkseigentum und die abnehmende Arbeitsmoral“ sowie die „Abschaffung des Schusswaffengebrauches an der Staatsgrenze“. Das Thema Gerechtigkeit funktionierte also als eine umfassendere Kategorie, innerhalb derer spezifische politische Mängel – Menschenrechte, Umweltprobleme, Vernachlässigung von Frauenrechten – erörtert werden konnten.<sup>30</sup>

Durch die Schwerpunkte Frieden und Umweltthemen konnten der konziliare Prozess und die Ökumenische Versammlung aus zwei bedeutenden Ursachen von Unzufriedenheit in der DDR-Gesellschaft schöpfen; der Schwerpunkt Gerechtigkeit erweiterte die anzusprechende Thematik um Menschenrechte und die Vernachlässigung von Frauenrechten, ebenso um die Probleme der Wirtschaft sowie um das Problem der Diskrepanz von erklärten Prinzipien der DDR und der Realität in der Praxis. Mit diesen Themen stellte die Ökumenische Versammlung die ideologischen Grundlagen infrage, auf denen die DDR aufgebaut worden war. Nicht nur die Basisgruppen wurden dabei mobilisiert, sondern auch größere Kreise der Kirche. Axel Noack stellte später fest: „Es ist ein bis heute viel zu wenig gesehenes besonderes Verdienst der ‚Ökumenischen Versammlung für Frieden, Ge-

<sup>29</sup> Siehe z.B. diese Zuschrift: „Der Begriff ‚Gerechtigkeit[‘] darf nicht einseitig eingeschränkt werden auf Gere. in der 3. Welt [...]. Gleichzeitig muß Sicherung der Menschenrechte und der durch d. Verfassung festgelegten Gleichheitsrechte aller Bürger benannt werden“, EZA 117/56, Nr. 9095.

<sup>30</sup> Siehe dazu *Brown*, Unzufriedenheit, 215–230.

rechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung' in den Jahren 1988 und 1989, eine Brücke zwischen den Anliegen der Gruppen und den Kirchengemeinden an der Basis geschlagen zu haben [...]. In Kirchengemeinden war mit ihr weithin das Anliegen der Gruppen wirklich angekommen.“<sup>31</sup> Gleichzeitig hat die „Aufrufs- und Antwortaktion“, so Heino Falcke, „den Delegierten das Bewusstsein vermittelt, wir sind hier nicht irgendwie eine kleine abgehobene Gruppe, sondern wir betreiben jetzt etwas, wo ein großer Teil des Volkes Gottes uns wirklich auf die Finger sieht und etwas von uns erwartet, also, ein großer Erwartungsdruck ist von daher auf die Versammlung gekommen, aber auch eine Ermutigung.“<sup>32</sup>

Die Ökumenische Versammlung markierte also den Übergang von Unzufriedenheit innerhalb der Strukturen der Kirche zu einem expliziten Widerspruch und der Forderung nach grundlegenden politischen Veränderungen. Durch die „induktive“ Methode der Ökumenischen Versammlung konnte solche Unzufriedenheit in eine kritische Masse verwandelt werden: Arbeitsgruppen analysierten die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Verhältnisse, die der Unzufriedenheit zugrunde lagen, die bei der ersten Tagung in Dresden festgestellt worden waren. Dies geschah mit dem Ziel, Handlungsmöglichkeiten für die Veränderung der Situation zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden in zwölf Texten festgehalten, auf die man sich in der letzten Tagung im April 1989 einigte. Jeder der Texte, die in Dresden verabschiedet wurden, berührte in größerem oder kleinerem Maße die gesellschaftspolitische Realität der DDR und zwar auf Gebieten wie dem DDR-Handel mit Entwicklungsländern, Ausländerfeindlichkeit, Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, vormilitärischer Ausbildung und Wehrdienst, Friedenserziehung, der Notwendigkeit der Kirchen, sich in einem „kritischen Dialog“ mit Dritte-Welt-, Friedens-, Umwelt-, Frauen- und anderen Gruppen zu engagieren, der Ausweitung der offiziell verkündeten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik um die Umweltpolitik, der Praxis des Schwangerschaftsabbruchs, Veränderungen der Preispolitik für Grundnahrungsmittel, den Auswirkungen des Braunkohlen-Tagebaus auf die Umwelt, den Gefahren der Atomenergie sowie der Notwendigkeit einer ausreichenden, sachgerechten und ungeschminkten Information über Umweltthemen.

<sup>31</sup> *Axel Noack*: Weder Helden noch Verräter. Selbstbestimmtes Handeln von Christen und Kirchengemeinden in der DDR; in: *Gert Kaiser/Ewald Frie* (Hg.): *Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR*, Frankfurt a. M./New York 1996, 174.

<sup>32</sup> *Heino Falcke*: Die Kirchen der DDR auf dem Weg zur Ökumenischen Versammlung in Dresden. Erfahrungen und Impulse zum konziliaren Prozeß. Mitschrift eines Vortrags bei der Regionaltagung der Ökumenischen Centrale in der Evangelischen Akademie Hofgeismar, 22.-24.02.1988, PrArch, „Falcke“.

Zwei dieser zwölf Texte brachten den Dissens in grundlegenderer Weise zum Ausdruck: Die „Theologische Grundlegung“ mit dem Titel „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ und der Text „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen“.<sup>33</sup> In beiden Texten erfolgte eine Bestandsaufnahme der Situation der DDR aus der Perspektive der Gerechtigkeit. In beiden Texten wurde ein Gesellschaftsdialog zu diesen Themen gefordert. Dennoch kamen in diesen beiden Texten unterschiedliche Ansätze für einen politischen Wandel zum Ausdruck. Während der Text „Mehr Gerechtigkeit“ die Aufmerksamkeit auf die strukturellen und institutionellen Defizite lenkte, die sich aus der fehlenden Existenz eines Rechtsstaates und die dazugehörige politische Kultur in der DDR ergaben, stellte die „Theologische Grundlegung“ die DDR-internen Probleme in den globalen Zusammenhang, wobei „der realexistierende Sozialismus zu einer Umgestaltung aufgefordert [wurde], die einen Beitrag zur Bewältigung der Überlebenskrise leistete“.<sup>34</sup>

### *Ein uneingelöstes Vermächtnis*

Drei Jahrzehnte nach der Ökumenischen Versammlung und der Wiedervereinigung Deutschlands wirken die Texte der „Ökumenischen Versammlung“ aktueller denn je, auch wenn es auffällt, dass hier kein Text zur Geschlechtergerechtigkeit entwickelt worden ist. So forderte zum Beispiel der Text „Mehr Gerechtigkeit“ auf, „Formen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens, die die Teilnahme, Mitverantwortung und Mitwirkung der vielen nötig und möglich machen“ (3.1.2.3) zu entwickeln. Die Gemeinden sollen Anwalt für Menschen sein, „die mutlos und hoffnungslos geworden sind, die sich ihres Rechtes beraubt und in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen“ [und] „[s]ie sollen Anwalt für jene sein, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen“ (3.4.2.24). Auf Dauer entscheidend für den Weg Europas, so der Text „Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung“ wird der politische Wille der Europäer sein, „den europäischen Problemen und den globalen Bedrohungen für das Überleben der Menschheit gemeinsam zu begegnen“ (4.4.18). Oder, nach dem Text „Auf

<sup>33</sup> Im Folgenden beziehen sich die Zahlen in Klammern auf die jeweiligen Absatznummern der Texte (siehe Anm. 3).

<sup>34</sup> *Heino Falcke*: Die unvollendete Befreiung. Die Kirchen, die Umwälzung in der DDR und die Vereinigung Deutschlands, München 1991, 31.

der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung“ ist „Ständiges quantitatives Wirtschaftswachstum (...) gleichbedeutend mit weiterer Zerstörung der Natur, Gefährdung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen, Verarmung vieler Völker und Heraufbeschwörung von inneren sozialen und äußeren militärischen Konflikten um die Ressourcen dieser Welt“ (8.2.3).

Die internationale Finanzkrise, die 2008 begann, wie auch die COVID-19-Krise, haben den prekären Charakter des wirtschaftlich-gesteuerten Globalisierungsprozesses deutlich gemacht, der die letzten drei Jahrzehnte gekennzeichnet hat. Hier bietet die „Theologische Grundlegung“ der Ökumenischen Versammlung Anhaltspunkte an. Zentrales Thema dieses Textes war die Notwendigkeit von „Umkehr“ zu den drei „vorrangigen Optionen“: für die Armen, für die Gewaltfreiheit und für den Schutz und die Förderung des Lebens. Hier ging es nicht nur um die Situation in der DDR, sondern auch um die Gefahren der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“, die eine Bedrohung durch eine Atomkatastrophe, eine ökologische Zerstörung und die wirtschaftliche Ausbeutung darstellte. In diesem Kontext ist die Menschheit zu einer „Überlebensgemeinschaft“ geworden: „Informations- und verkehrstechnisch, industriell und ökonomisch, politisch und militärisch hängt alles mit allem zusammen.“ Daraus folgt: „Politisches Handeln, auch im lokalen Bereich, trägt daher eine nicht mehr aufkündbare Verantwortung für das Überleben des Ganzen“ (1.1.1). Hier sollten Christinnen und Christen die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens bei der Verwirklichung von Gerechtigkeit suchen. Bleiben „Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung, Befriedigung wachsender Konsumbedürfnisse die herrschenden Werte, so wird die überlebenswichtige Umgestaltung und Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbe-wahrung verfehlt und verhindert“ (1.2.2.3).

Es ging um ein alternatives Modell nicht nur zum Sozialismus in der DDR, sondern auch zu dem, was als westlicher Konsumismus betrachtet wurde: „Tiefgehende Wandlungs- und Lernprozesse liegen vor uns: von der Vergötzung des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftsmacht zur Solidarität mit den Armen und zur Umverteilung von Macht; von der Friedenssicherung durch Androhung und Ausübung von Gewalt zur Friedensordnung durch Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und Abrüstung; von der Gewalt- und Willkürherrschaft über die Natur zur Solidarität und Kooperation mit ihr“ (1.1.1.4).

Auch wenn der konziliare Prozess und die Ökumenische Versammlung dazu beitrugen, Unzufriedenheit und Widerspruch in der DDR im Vorfeld der Friedlichen Revolution zu artikulieren, und wichtige Anhaltspunkte zu Rechtsstaatlichkeit und Gewaltfreiheit anboten, wurden die weitergehen-

den Forderungen der Ökumenischen Versammlung zur „Umkehr“ im Laufe des Vereinigungsprozesses überwiegend ausgeblendet:

Lediglich mit ihrer Option für Gewaltfreiheit könnte die Ökumenische Versammlung greifbar die revolutionären Ereignisse mitgestalten. Die Solidarität mit den armgemachten Völkern und der leidenden Mitwelt wurde durch eine vorrangige Option für die soziale Marktwirtschaft eher verdrängt. Die Vordringlichkeit der ökonomischen Fragen im Vereinigungsprozess erdrückte die Vorrangigkeit der Umkehr zu einer neuen Lebensweise der Solidarität mit den Armen und der Mitwelt.<sup>35</sup>

Die Impulse, die von der Ökumenischen Versammlung ausgingen, sind eng mit der Friedlichen Revolution von 1989 verbunden, die ihrerseits den Weg zur deutschen Einheit 1990 öffnete. Der Zusammenbruch der DDR und der deutsche Einigungsprozess waren aber keineswegs innerdeutsche Angelegenheiten, sondern spiegelten einen epochalen Wandel wider. Die Texte der Ökumenischen Versammlung sind nicht nur auf die Situation in der DDR im Jahr 1989 bezogen, sondern auch auf die globalen Herausforderungen, die keineswegs mit der Überwindung des Kalten Krieges gelöst worden sind. Dreißig Jahre nach der Ökumenischen Versammlung stellen diese Texte immer noch eine Herausforderung dar, gerechte und friedliche Gesellschaften aufzubauen, die die Schöpfung achten.

<sup>35</sup> Falcke, *Die unvollendete Befreiung*, 70.